

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 53

## Credit Suisse wird es zu heiss

tätig sind, erfüllen» zu können, würde seine Bank «gegenwärtig eine umfassende Überprüfung der Richtlinien und Compliance-Regeln im internationalen Wealth-Management-Geschäft» durchführen, sagt ein UBS-Sprecher.

Demgegenüber konnte die CS die Berner Aufseher mit ihrem Kontrollsystem offenbar überzeugen. «Von der CS erhielten wir eine zufriedenstellende Antwort», sagt Finma-Bichsel. Dieses trägt den Namen «Crossborder Plus» und ist seit längerem in Kraft. Es handelt sich um ein ausgeklügeltes Programm, das mit Schulungen und Tests sicherstellen soll, dass alle Kundenberater die rechtlichen Anforderungen in ihren jeweiligen Märkten kennen. Nur wer die regelmässigen Prüfungen bestehe, erhalte die Lizenz zum Reisen, sagt ein CS-Manager.

### Auch die Bank Bär nimmt das US-Geschäft unter die Lupe

Zum «Crossborder Plus»-Programm gehört ein «Travel-Tool» als zentrales Interventionsinstrument. Die Gruppen-Rechtsabteilung kann ein Land kurzfristig zur Sperrzone erklären und sämtliche Reisen für die betroffenen Kundenberater per Knopfdruck verunmöglichen, selbst wenn sie und deren direkte Vorgesetzte die Lage als weniger dramatisch einschätzen sollten.

Dass die CS für «keinen einzigen Markt» ein generelles Reiseverbot ausgesprochen habe, zeige, dass das Crossborder-Kontrollsystem wunschgemäss funktioniere, sagt ein CS-Manager. Selbst die USA müsse von CS-Topshots derzeit nicht gemieden werden.

Eine weitere CS-Massnahme könnte schon bald zum Industriestandard werden. Die CS «purifiziert» derzeit ihre Schweizer Vermögensverwaltung, in der bisher sowohl einheimische als auch ausländische Kunden betreut wurden. Neu landen alle Kunden mit Wohnsitz im Ausland in einem «Offshore Pool», der von speziell geschulten Beratern betreut wird. Offiziell nimmt die Bank zur laufenden Reorganisation, die von zwei unabhängigen CS-Managern bestätigt wurde, keine Stellung.

Selbst die Privatbanken legen das traditionelle Offshore-Geschäftsmodell auf den Prüfstand. «Wir schauen uns aufgrund der neuen Gegebenheiten das ganze US-Geschäft genau an und versuchen für jede Kundenbeziehung ein Lösung zu finden», sagt Julius-Bär-Sprecher Jan Bielinski. Eine einseitige Kontoauflösung könne «aber nur Ultimo ratio sein».



Ökonom Lampart, 40:  
«Wir rechnen mit bis zu 250 000 Arbeitslosen»  
FOTO: BRUNO SCHLATTER

# «Die Leute werden an der Nase herumgeführt»

Gewerkschaftsökonom Daniel Lampart über die Krise und seinen Ärger über Bundesrat Merz

VON RETO THÖNY UND DENIS VON BURG

### Herr Lampart, wie beurteilen Sie die Konjunkturpolitik der Schweiz?

Die Leute werden an der Nase herumgeführt. Der Staat und ein Teil der Sozialversicherungen werden die Krise im nächsten Jahr verstärken. Ein Konjunkturprogramm, wenn es denn kommt, wird diese Rezessionsverstärkungspolitik höchstens mildern.

### Was heisst das?

Der Staat nimmt den Leuten Kaufkraft weg. Stichworte sind: höhere Krankenkassenprämien, steigende CO<sub>2</sub>-Abgaben, teurerer Strom. Allenfalls werden die Mehrwertsteuern erhöht. Und die Kantone und die Gemeinden wollen ihre Ausgaben zurückfahren.

### Der Staat erhöht doch auch die Kaufkraft, indem er Steuern senkt oder die kalte Progression ausgleicht?

Das sind Massnahmen, von denen die höheren Einkommen profitieren. Und diese legen einen schönen Teil des gesparten Geldes auf die hohe Kante. Die Effekte auf den Konsum sind minim.

### Welches sind Ihre Rezepte?

Abbruch der Übung, keine Steuerergeschenke mehr an hohe Einkommen. Dagegen ein Konjunkturstabilisierungsprogramm, das diesen Namen verdient. Die Schuldenbremse muss vorübergehend ausser Kraft gesetzt werden. Mit einem Investitionsprogramm müssen die Kantone und die Gemeinden in die Pflicht genommen werden, damit sie ihre Ausgaben erhöhen und nicht kürzen.

### Gibt es Anzeichen, dass diese Vorgaben umgesetzt werden?

Bundesrätin Doris Leuthard hat dieses Problem gesehen, ihre Ökonomen teilen unsere Analyse. Ihr Departement erarbeitet Massnahmen.

### Das sehen Sie jetzt aber durch eine rosa Brille.

Wir müssen uns an die Aussagen des Bundesrats halten, dass er ein Programm prüfen will. Wir sehen, dass an diesem Programm gearbeitet wird. Allerdings ist die Finanzpolitik von Bundesrat Merz ein grosses Problem.

### Sie sind nicht gut auf Bundesrat Merz zu sprechen.

Herr Merz ist ein Problemfall und befindet sich nach wie vor im

alten Film. Er hat weitere Steuererleichterungen für hohe Einkommen vorgeschlagen, die viel Geld kosten. Damit hängt er weiterhin einer falschen Ideologie nach. Bundesrat Merz berechnet auch die Schuldenbremse falsch. Er berechnet sie so, dass wir mehr sparen, als wir müssten. Mit seiner Politik gehört er zu jenen, die die Krise noch verschärfen. Dabei wäre das Geld vorhanden. Laut der Konjunkturforschungsstelle KOF hat der Bund aus dem Aufschwung mehr als acht Milliarden Franken Reserven, die wir nun für die Stabilisierung der Konjunktur dringend brauchen.

### Und Bundesrätin Leuthard? Sie hat die Krise zuerst negiert und dann verniedlicht. Jetzt tun Sie so, als ob sich die Gewerkschaften bestens mit Frau Leuthard verstehen würden.

Prognosen sind Prognosen. Möglicherweise wollte Bundesrätin Leuthard die Angst im Land nicht noch verstärken. Wir messen sie an dem, was sie jetzt macht. In wenigen Wochen werden wir mehr wissen. Wir gehen davon aus, dass etwas läuft. Wenn nicht, dann hat sie ein Problem.

### Aber Bundesrätin Leuthard zeigt wenig Bereitschaft, ein drittes Konjunkturprogramm zu lancieren.

Im Moment ist es noch zu früh, das zu beurteilen. Aber es ist klar: Es muss etwas laufen. Der Bund kann nicht eine Grossbank unterstützen und gleichzeitig die Leute, die nichts dafür können, hängen lassen. Das würden die Leute nicht verstehen, es gäbe massiven Widerstand.

### Das Seco rechnet mit 200 000 Arbeitslosen. Ist diese Zahl realistisch?

Bereits Ende dieses Jahres werden wir 180 000 Arbeitslose haben. Diese Zahl wird bis Ende 2010 deutlich ansteigen. Wir rechnen mit bis zu 250 000 Arbeitslosen.

### Ist die Arbeitslosenkasse für diesen Anstieg gerüstet?

Die Arbeitslosenkasse wird beim Bund hohe Kredite aufnehmen müssen. Sollte die Seco-Prognose eintreffen, wird die Kasse bereits Ende 2009 die kritische Schuldengrenze überschreiten. Dann müsste der Bundesrat die Beiträge erhöhen.

### Wie lange wird die Krise dauern? Banken- und Immobilienkrisen

sind hartnäckige Krisen, das wissen wir aus der Geschichte. Von einem Ende der Krise können wir erst sprechen, wenn der Finanzsektor wieder funktioniert und die amerikanischen Haushalte ihre Schulden abgebaut haben.

### Das klingt, als ob diese Krise noch lange dauern wird.

Es gibt etwas Licht am Ende des Tunnels. Aber die Banken haben immer noch zu wenig Kapital, der Konsum in den USA und in Europa geht zurück. Diese Krise wird voraussichtlich über das Jahr 2010 hinausgehen.

### In der Schweiz scheint die Krise noch nicht in den Köpfen der Leute angekommen zu sein.

Wir können bald eine kleine Erholung haben, die falsche Hoffnungen weckt. Das hängt mit dem Abbau der Lager zusammen. Das könnte im Sommer sein, wenn wir in der Schweiz über ein neues Konjunkturprogramm reden. Gewisse Leute, denen ein solches Programm nicht in den Kram passt, könnten den Aufschwung verkünden und dadurch versuchen, die Massnahmen gegen die staatliche Rezessionsverstärkungspolitik zu torpedieren.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wes' Geistes Kind der deutsche Finanzminister ist, dann hat sein Gesetzesentwurf «Zur Bekämpfung schädlicher Praktiken in der Steuerhinterziehung» die letzte Illusion zerstört. Das Gesetz soll deutsche Steuerfahnder ermächtigen, bei Privatleuten «vor Ort» Steuerprüfungen ohne Anmeldung durchzuführen. Razzien bei Reichen also. Auch wenn man in Deutschland dem Gesetzesentwurf in dieser Form im Parlament wenig Chancen einräumt, so zeugt Steinbrücks Staatsverständnis von einer totalen Umwertung dessen, was unter liberalen Gesichtspunkten heilig ist. Für Steinbrück sind die Bürger für den Staat da und nicht der Staat für die Bürger. Die Beweispflicht der Ehrlichkeit legt der Finanzminister dem Bürger auf, dieser würde quasi generalverdächtig. Schliesslich tritt das geplante Gesetz den Schutz des Eigentums mit Füßen: Wer Eigentum besitzt, wird kriminalisiert. Kein Aufschrei ging durch die deutsche Presse, auch die bürgerlichen Politiker reagierten von einzelnen Ausnahmen abgesehen, auf das Ansinnen nicht.



MARKUS GISLER

## Razzien bei Reichen

**Machen wir uns nichts vor:** Das Gedankengut hinter diesem Gesetzesentwurf ist eine reale Gefahr für die Demokratie. Im Herbst sind Wahlen in Deutschland, und das Volk ist, angeheizt durch einen zunehmend populistischen Wahlkampf, aufgewühlt. Die Krise löst in breiten Bevölkerungsschichten eine Wut auf Manager und Banker aus. Bereits wird scheinbar angesehen, wer Vermögen besitzt oder zu den Besserverdienenden gehört. Als Schweizer kann uns diese Entwicklung in Deutschland nicht

gleichgültig sein, auch wenn ein ähnliches Gesetz bei uns undenkbar wäre. Doch in bürgerlichen Schichten Deutschlands wirkt der Vorschlag als Warnsignal. Wer möchte in einem Land wohnen, wo eines Morgens der Staat mit Polizeigewalt eine Hausdurchsuchung erzwingt, bloss weil man vermögend ist?

**Steinbrücks Vorschlag ist dazu angetan,** eine neue Auswanderungswelle in Richtung Schweiz auszulösen. Jetzt, wo ein Schweizer Konto zum Risiko wird und in Deutschland Razzien drohen könnten, bloss weil man vermögend ist, wird eine Elite intensiver über den Verbleib in einem Land nachdenken, das droht, zum Polizeistaat zu werden. In der Schweiz ist die Arbeit besser bezahlt, das Wohnen attraktiv, die Lebensqualität hoch und der Bürgersinn gross. Damit aber mutiert die Schweiz immer mehr zum Feinbild deutscher Politik. Wir wiederholen deshalb, was wir vor Wochenfrist angeregt haben: Die Schweiz muss zwingend im Ausland aktiver kommunizieren. Der Bundesrat soll endlich ein Konzept vorlegen, wie er dies bewerkstelligen will.